

Weiterbildung („lebensbegleitendes Lernen“) ist eine Schwäche Österreichs, die bei allen internationalen Vergleichen auffällt. Weiters ist der Anteil der technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen zu gering, und die Studien dauern viel zu lang. Bezüglich der Informationstechnologien liegt Österreich nur im europäischen Mittelfeld. Die F&E-Quote übersteigt zwar in Österreich nach den neuesten Berechnungen von Statistik Austria mit 2,27% (2004) den EU-Durchschnitt, sie ist aber noch weit vom Ziel der Bundesregierung (3% im Jahr 2010) entfernt – obwohl die steuerliche Forschungsförderung in Österreich bereits sehr attraktiv ist.

In der gegenwärtigen Phase unterausgelasteter Kapazitäten sind die mittelfristigen Wachstumsstrategien durch Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage zu ergänzen. Zu bevorzugen wären jene Maßnahmen- bzw. Konjunkturimpulspakete, welche in einer anhaltenden Stagionsphase wesentliche positive Auswirkungen schaffen können, wie z.B. eine Ankurbelung der Investitionen durch Infrastrukturprojekte oder finanzieller Innovationen.

Ein großes Problem stellt der fehlende Wachstumsfokus in der EU-Politik dar. Die EU strebt langfristig ein ausgeglichenes Budget (und kurzfristig ein Defizit unter 3%) an. Die Finanzminister werden für die Erreichung dieses Ziels verantwortlich gemacht. Die EZB ist die Hüterin der Preisstabilität, sie will die Inflationsrate unter der 2%-Marke halten. Für das Erreichen des Wachstumsziels von 3% im Rahmen der Lissabon-Strategie ist jedoch niemand wirklich voll verantwortlich. Wenn das Ziel der Budget- und Preisstabilisierung nicht mit dem Wachstumsziel vereinbar ist, dann hat das Wachstumsziel in der wirtschaftspolitischen Hierarchie der EU Nachrang.

2.2 Grundzüge der EU-Wirtschaftspolitik unterstützen Wirtschaftswachstum nicht ausreichend

2.2.1 Stagnation in der Europäischen Union 2001-2003

Die Wirtschaft der Europäischen Union befand sich von Anfang des Jahres 2001 bis Anfang 2004 in einer lange dauernden, hartnäckigen Stagnation. Die Erholung der Konjunktur im Jahr 2004 erfolgte nur sehr langsam und ist von Rückschlägen geprägt. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum belief sich von 2001 bis 2003 auf real nur 1,0% in der Eurozone. Zwar kam es in keinem einzelnen Kalenderjahr zu einem Rückgang der realen Wirtschaftsleistung, aber die ausgeprägte Wachstumsschwäche über einen Zeitraum von drei Jahren brachte erhebliche Wohlfahrtsverluste mit sich:

- Besonders deutlich sind die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosenquote ist in der Eurozone von 8,0% im Jahr 2001 auf 8,9% (2004) gestiegen,

- Die Wachstumsschwäche wirkte sich über eine Dämpfung der Steuereinnahmen und höhere Aufwendungen für Arbeitslosigkeit auch auf den Budgetsaldo aus. Das durchschnittliche Budgetdefizit stieg in der Eurozone von 1,7% auf 2,9% des BIP .
- Mit der langdauernden wirtschaftlichen Stagnation ist die Erreichung vieler Ziele der Lissabon-Strategie bis ins Jahr 2010 gefährdet oder schon unmöglich geworden.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise sind vielfältig (nach dem Platzen der IT-Blase folgten externe Schocks wie Terroranschläge, Börsenkrach, Irak-Krieg, Rohstoffpreisentwicklung...), diese dauerte jedoch in Europa wesentlich länger als in den anderen großen Wirtschaftsregionen. Der Einbruch der Weltwirtschaft im Jahr 2001 bildete den Auslöser, die wesentliche Determinante der langen Dauer der Wirtschaftskrise in Europa liegt jedoch in der ausgeprägten Schwäche der Binnenachfrage. Das größte Aggregat der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der Konsum der privaten Haushalte, blieb in den Jahren 2001 bis 2003 mit einem durchschnittlichen Wachstum von real +1,2% (Eurozone) mehr als einen Prozentpunkt unter den langjährigen Vergleichsdaten. Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen waren sogar rückläufig.

Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union war nur sehr begrenzt in der Lage, dieser Wirtschaftskrise gegenzusteuern. Die Europäische Zentralbank hat mit ihrer Zinspolitik zu spät und zu wenig deutlich auf die Wachstumsabschwächung reagiert. Die Fiskalpolitik ließ die automatischen Stabilisatoren (Steuereinkünfte) durchschlagen, setzte aber im Gegensatz zu den USA keine aktiven expansiven Impulse – auch weil die Spielräume dafür relativ gering waren. Die Verschlechterung des Budgetsaldos der öffentlichen Haushalte war vor allem eine Folge des schwachen Wirtschaftswachstums, nicht von Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, sowie der fehlenden Budgetkonsolidierung in der Phase der letzten Hochkonjunktur.

2.2.2 Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union findet ihre Grundlage in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“. Dort werden als Schwerpunkte definiert:

- Eine „wachstums- und beschäftigungsorientierte Makropolitik“. Dazu werden eine auf Preisstabilität konzentrierte Geldpolitik und eine Budgetpolitik der Mitgliedstaaten gezählt, die mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt.
- Dazu kommen „ökonomische Reformen, um das Wachstumspo-